

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatthaus Nr. 9550-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Seitens-Preis für beide Ausgaben: Mt. 2.— monatlich, Mt. 6.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringenlohn. — Seitens-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wiesbaden 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 70 Pf. für örtliche Anzeigen; Mt. 1.— für auswärtige Anzeigen; Mt. 4.— für örtliche Anzeigen; Mt. 6.— für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unvorbereiteter Anzeigen entsprechender Nachzahlung. — Anzeigen-Annahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Umt. Rollendorf 4747-49.

Freitag, 9. Januar 1926.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 13. • 68. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die französische Behörde teilt den Schülern der „Französischen Kurse“ mit, daß dieselben am Dienstag, den 12. Januar, wieder beginnen.

Infolge des Kohlenmangels hat der Magistrat beschlossen, die Schulen nur an 4 Tagen wöchentlich zu öffnen, und zwar:

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag.

Die französischen Kurse finden also an diesen Tagen statt, die Unterrichtsstunden von Montag werden wie folgt verteilt:

Stunden am Montag	verlegt auf:
4,30—5,30	Dienstag 4,30—5,30
5,30—6,30	Mittwoch 4,30—5,30
6,30—7,30	Donnerstag 4,30—5,30
7,30—8,30	Freitag 4,30—5,30

L'Administrateur de Wiesbaden:
Commandant Toussan.

Neueste Drahtmeldungen.

Frühestens am 15. Januar?

W. T. B. Paris, 8. Jan. (Drahtbericht.) Wie der „Transigence“ mitteilt, kann der Austausch der Ratifikationsurkunden weder am 10. noch am 12. Januar, sondern frühestens am Donnerstag, den 15. Januar, stattfinden.

W. T. B. Paris, 8. Jan. (Drahtbericht.) „Chicago Tribune“ meldet, daß Amerika weder an der Unterzeichnung des Protokolls noch an der Jecommie des Austauschs der Ratifikationsurkunden nach an den Sitzungen des ausführenden Rates des Völkerbundes teilnehmen wird.

Amerika und der Friede.

W. T. B. Haag, 8. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der „Nieuwe Courant“ berichtet aus Washington: Die Anhänger gemäßigter Vorbehalte erklären, eine Lösung des Konflikts in der Ratifikationsfrage sei endgültig in Sicht. Man vertraue darauf, daß Bryan, dessen Einfluß die Schwärzung in der Haltung der Demokraten zu verdanken ist, eine Lösung herbeiführen werde. Große Bedeutung wird dem heute stattfindenden politischen Abendessen der Demokraten beigemessen, bei dem ein Brief des Präsidenten Wilson, der vom Weißen Hause als wichtig bezeichnet wurde, vorgelegt werden soll. Wenn Wilson sich weigert, den Friedensvertrag dem Urteil der Wähler unterbreitet wird.

Keine neue Verkehrsperre.

W. T. B. Berlin, 8. Jan. (Drahtbericht.) Amtlich wird mitgeteilt: Die Nachrich eines hiesigen Korrespondenzbureaus, nach der das Reichsverkehrsministerium eine neue Verkehrsperre zu verhängen beabsichtige, entbehrt jeder Begründung.

Das Schicksal der Türken.

W. T. B. Paris, 8. Jan. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Temps“ aus Konstantinopel erklärt die Zeitung „Allendör“, daß die Nachrich, die Türken sollte aus Europa ausgewiesen werden, wie ein Kanonenschuß gewirkt habe. Das Blatt sagt, wir wollen keinen türkischen Staat ohne Konstantinopel. Mustafa Kemal-Pascha verabschiedet seine Vorbereitungen zum Widerstand der kleinasiatischen Armee, namentlich in Smyrna. Die türkische Regierung bereitet ein Manifest an die Kammer vor, in dem die Anwendung der Wilsonschen Grundsätze verlangt wird. Auch die Thronrede, mit der die Kammer eröffnet wird, wird in gleichem Sinne gehalten sein. In Konstantinopel ist nichts zu befürchten, aber in dem nicht-islamischen Kleinasien ist die Lage ganz anders. Nach den Nachrichten, die der armenische Patriarchat erhalten hat, sind mehrere armenische Dörfer des Vilajets Brussa von türkischen Truppen umzingelt worden, die auf die Christen schossen.

Der Wiederaufbau.

Minister Geßler über die Organisationsmethoden.

W. T. B. Köln, 8. Jan. (Drahtbericht.) Der Reichsminister für den Wiederaufbau Dr. Geßler hielt vor zahlreichen führenden Vertretern aus Industrie, Handel und Gewerbe und vor Vertretern der Behörden aus dem besetzten Gebiet einen Vortrag, in dem er sich darüber verbreitete, wie die Veranlassung der Arbeiten im zerstörten Gebiet zu sein müsse und wie die Arbeit selbst zu leisten sei. Bepielen wünschenswert nicht, daß wir uns an den Arbeiten beteiligen, und die französische Regierung beabsichtigt, in größerem Maßstab polnische, italienische und tschechoslowakische Arbeiter heranzuziehen. Bei den Verhandlungen in Paris werden wir den Standpunkt vertreten müssen, daß das Reich als Generalunternehmer bastei. Wenn die französische Regierung daneben deutsche Privatunternehmen heranziehen will, so können wir sie nicht daran hindern. Das geschieht aber auf Rechnung und Gefahr der Unternehmer. So weit Einzellose vergeben werden können, müssen sich die Interessenten selbst zu leistungsfähigen Verbindungen zusammenschließen. Die Lieferung der Baumaterialien kann nicht unter dem Gesichtspunkt einer Berliner Kriegsgesellschaft durchgeführt werden. Der Gedanke einer neuen Rumba kommt nicht in Frage. Die einzelnen Länder müssen anteilweise bei den Lieferungen beteiligt werden, eine schließliche Verteilung von In-

dustrierzeugnissen ist dagegen nicht möglich. Die deutsche Industrie wird in Zukunft drei große Zwecke umfassen müssen: Erstens die Freigabe für den Bedarf der Heimat, zweitens für die Erfüllung des Friedensvertrages, drittens für den Weltmarkt. Für den Weltmarkt können und dürfen wir erst liefern, wenn wir den Friedensvertrag erfüllt haben. Die Entwicklung darf nicht dahingehen, daß wir für den Weltmarkt fehlerlos liefern und dadurch die Erfüllung des Friedensvertrages beeinträchtigen. Französische Besteller bestellen jetzt direkt bei der deutschen Industrie. Wir müssen alles tun, dieses System zu fördern, weil in das komplizierte Verhältnis zwischen Besteller und Fabrikanten nicht noch eine eigene Behörde eingeschaltet werden darf. Die Kontrolle der Lieferungen müssen wir allerdings bekommen, um die Interessen des Reichs, des Reichsfiskus und der Steuerzahler wahrzunehmen. Da aus der Kriegswirtschaft ein großer Rest von Rohstoffen zurückgeblieben ist, müssen wir hier sehr vorsichtig sein. Es darf keine Nachkriegsgewinnläuse durch die Hände gehen. Nach den Erfahrungen des Krieges sind wir aber in der Lage, dies zu verhindern. Die Moral der Selbstverwaltungverbände wird ausreichen, hier in der schärfsten Weise Ordnung zu schaffen.

Der franz. Vorschlag der Wiedergutmachungskommission.

W. T. B. Paris, 8. Jan. (Drahtbericht.) Wie der „Transigence“ zu wissen glaubt, wird der ehemalige Generalgouverneur von Algier Senator Jonnart ebenfalls zum Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission ernannt werden.

Die Schweiz und der Völkerbund.

W. T. B. Bern, 8. Jan. (Drahtbericht.) Die Schweizer Presse aller Richtungen befaßt sich mit der Antwort der Liberalen Rates auf die Note des Schweizer Bundesrates vom 6. Dezember 1919, welche die Stellung der Schweiz zum Völkerbund darlegt. Es wird mit Bestimmtheit festgestellt, daß über einige Punkte abweichende Meinungen zutage getreten sind. Es werden andererseits Schritte unternommen werden, um vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung am 2. Februar eine Klärung der ganzen Angelegenheit herbeizuführen. Es handelt sich um die Anerkennung der Neutralität der Schweiz und um den Zeitpunkt, wo die Frist zum Beitritt der Schweiz in den Völkerbund zu laufen beginnt.

Das französische Mandat über Syrien.

Bildung eines arabischen Staates.

W. T. B. Paris, 8. Jan. (Drahtbericht.) Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß das gestern zwischen dem Emir Faisal und der französischen Regierung abgeschlossene Abkommen, das der Genehmigung der Konferenz unterbreitet wird, aus folgenden Punkten besteht: Der Emir Faisal schließt sich dem französischen Mandat über ganz Syrien an, wogegen Frankreich in die Bildung eines arabischen Staates einwilligt, der die Städte Damaskus, Hama und Aleppo umfaßt und von Faisal mit Hilfe von französischen Beamten und Inspektoren verwaltet wird. In der Gegend von Bekaa, die gleichzeitig vom Libanon und vom arabischen Staat beansprucht wird, soll die Polizeigewalt durch türkische Gendarmen unter französischer Aufsicht ausgeübt werden. Die endgültige Zuteilung dieser Gegend wird durch die Konferenz erfolgen, aber es scheint, daß der Anspruch des Libanon alle Aussicht hat, durchzudringen. Faisal hat die finanzielle und wirtschaftliche Mitarbeit Frankreichs unter Auslieferung jeder anderen angemessenen seine bevorstehende Reise nach Syrien begleitet den Friede, die Stimmung für die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den syrischen Muslimen vorzubereiten.

Die Zukunft der Donauschifffahrt.

W. T. B. Budapest, 8. Jan. (Drahtbericht.) Über die Zukunft der Donauschifffahrt äußerte sich der französische Admiral Ratou. Er erklärte, die Donau werde zukünftig einer der wichtigsten Faktoren des europäischen Wirtschaftsebens sein. Von besonderer Wichtigkeit sei die Organisation für Frankreich, denn wenn der Rhein-Donau-Kanal fertiggestellt sei, was in nächster Zeit erfolge, so bedeute dies die Eröffnung Mittel- und Osteuropas für die französische Binnen-Schifffahrt. Der Ausbau des Rhein-Donau-Kanals werde für ganz Europa, namentlich aber für die Donauanrainerstaaten, von außerordentlich wirtschaftlicher Bedeutung sein. Die mit der Donau zusammenhängenden wirtschaftlichen Interessen Frankreichs befänden sich in Einklang mit denjenigen der Anrainerstaaten. Zum Sitz des Generalsekretariats der Donaukommission sei Budapest bestimmt, weil hier alle Erfordernisse und Einrichtungen zur Förderung der Verwaltung und Schifffahrt vorhanden seien. Die Donaukommission arbeite gegenwärtig daran, auch die regelmäßige Schifffahrt auf der Donau zu ermöglichen. Auch die Vertiefung des Strombettes um 3 Meter sei geplant.

Bolschewistische Friedensangebote.

W. T. B. Moskau, 8. Jan. (Drahtbericht.) Wie der „New York Times“ melden, daß die Bolschewisten ein Friedensangebot an Italien gerichtet haben.

W. T. B. Kopenhagen, 8. Jan. Der englische Vertreter in den Dänischen Reichstag ist nach London abgereist. Man trägt seine Reise in Zusammenhang mit Lenins Friedensangebot an England.

Aufgabe des terroristischen Systems?

W. T. B. Kopenhagen, 8. Jan. „Berlingske Tidende“ erzählt aus Kopenhagen, Dänisch und Tschechien seien bereit, das jetzt terroristische System und die Revolutionäre aufzugeben.

Bürgerkrieg in Bulgarien?

Br. Sofia, 8. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Wie die Presseinformation aus Sofia meldet, ist in einzelnen Teilen Bulgariens der Bürgerkrieg regelrecht entzündet. In Sofia und anderen Städten wurden die staatlichen Lebensmittelpunkte gestürmt und ausgeraubt und viele Lebensmittelgeschäfte geplündert und zerstört. Militär und Polizei waren machtlos. Hungernde Vandalen aus der Stadt gehen auf das Land und überfallen die Bauernhöfe. Die Bauern leisten aber heftige Gegenwehr und haben sich bereits und stark bewaffnet.

Rebellenkämpfe in Marokko.

W. T. B. Paris, 8. Jan. (Drahtbericht.) In der Nähe von Oudjda hatten sich starke Abteilungen Aufständischer der Stämme von Djebille versammelt, um die Dörfer des Landes zu beunruhigen. Unsere Artillerie des Postens von Abouma bombardierte mit Unterstützung einer Gebirgsabteilung mehrere Dörfer und zerstörte die Aufständischen, welche von unseren Maschinengewehren verfolgt und zahlreiche Tote zurückließen.

Zwei Amerikaner in Mexiko ermordet.

W. T. B. Washington, 8. Jan. (Drahtbericht.) Hierher gekommene Telegramme besagen, daß bei Port Lobos zwei amerikanische Angestellte der internationalen Petroleumgesellschaft von Mexikanern ermordet worden sind.

Jochs Urteil über den Krieg.

André de Maricourt veröffentlicht im „Echo de Paris“ einen Artikel über Marshall Joch, den er Gelegenheit hatte, öfter zu sprechen. Nach Jochs Worten nach der Übersetzung in der „Köln Volksztg.“: Wie ich den Krieg gewonnen habe? Indem ich meine Kräfte rauchte, d. h. indem ich mich nicht erregte, denn alle unnützen Erregungen mußten vermieden werden. Es ist möglich, daß die Aufgabe schwierig war, denn unser Krieg war sehr langsam. Es war die Schlacht der Regierungen. Wir hatten gegenüber der französischen Demokratie und besonders gegenüber unserem tiefen nationalen Sinn den Kaiser, einen Mann, der vielleicht intelligent, aber nicht sehr intelligent war, einen Diktator, der sich leicht entflamte und hierdurch ein schlechter Richter für seine Handlungen war. Deutschland, es ist wahr, hatte eine herrliche Armee und Führer erster Ordnung, aber es fehlte ein Politik. Dieser hätte nicht die Unklugheit begangen, den Krieg zu machen, ohne den Versuch zu machen, Rußland zu neutralisieren. Aber wenn er trotzdem gezwungen gewesen wäre, die Wille zu schließen, ich gebe Ihnen mein Wort, er hätte den Krieg anders geführt. Der Schnelligkeit sei einem Postkutschführer anvertraut worden. Wir haben siegen müssen, wir mußten siegen, habe Marshall Joch hinzugefügt. Der Marshall habe auch gesagt: An der Marne bin ich geschlagen worden, aber ich habe mir gesagt, ich werde vier Tage, fünf Tage geschlagen werden, wenn es sein muß, aber ich werde immer existieren. Die moralische Verfassung des Soldaten bedeutet viel; wenn etwas nicht geht, müsse man andere Formen erfinden, um dem Soldaten wieder Mut beizubringen. Man müsse ein anderes Objekt finden, ein odonates, intellektuelles Mittel, das denselben Gedanken loschiere. Der französische Soldat liebe die Abwechslung und er nehme jede Idee an, die ihm neu schiene.

Deutschland.

Höhere Erwerbslosenziffern.

Br. Berlin, 8. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Ziffer der Erwerbslosen ist in den letzten Monaten sprunghaft in die Höhe gegangen. Von den rund 4 1/2 Millionen Mitglieder zählenden Fachverbänden, die dem statistischen Reichsamt über die Arbeitslosigkeit in ihren Reihen berichten, waren im November v. J. über 190 000 Mitglieder, oder fast 3 Prozent, arbeitslos, während im Oktober der Prozentsatz der männlichen Mitglieder sich nur auf 2,3 Prozent belief. Im ganzen wurden nach den Berichten des Demobilisierungskommissars am 1. Dezember etwa 40 000 Personen wegen Arbeitslosigkeit unterstützt. Wie in den einzelnen Berichten angegeben wird, ist die Arbeitslosigkeit größtenteils auf Rohstoffmangel oder auf den durch die Kohlennot hervorgerufenen Mangel an Materialien zurückzuführen.

Der Streik der Versicherungsangestellten.

Br. Berlin, 8. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem Beschluß des Zentralverbandes der Angestellten hat heute morgen der Streik der Versicherungsangestellten in Groß-Berlin eingesetzt. In fast allen Versicherungsgesellschaften ist der überwiegende Teil der Beamten zur Arbeit nicht erschienen. Die Zahl der Streikenden läßt sich bis zur Stunde noch nicht genau feststellen, doch ist die Zahl der Ausständigen in Groß-Berlin mit rund 10 000 zu beziffern. Wie verlautet, werden bereits am morgigen Freitag Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgenommen werden. Es besteht die Gefahr, daß auch die Bankbeamten sich dem Streik der Versicherungsangestellten anschließen und sich mit diesen solidarisch erklären, wie es in Stuttgart bereits geschehen ist.

Die Beziehungen mit Brasilien.

Br. Frankfurt a. M., 6. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Wie mitgeteilt wird, steht die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland und Österreich unmittelbar bevor. Brasilien wird die Einwanderung von erwünschten Elementen, hauptsächlich von Landarbeitern, begünstigen.

(Metrichinae foliat.)

